

Sicherheit und Gesellschaft
- ein neues Forschungsprojekt im Mittelpunkt der Freiburger
Universität

Sicherheit boomt. Sowohl auf nationaler, europäischer, wie auch international vernetzter Ebene. Von deutscher Seite wurde 2007 das European Security Research Programme (ESRP) von Repräsentanten des BKA, der Fraunhofer Gesellschaft sowie den Rüstungskonzernen Siemens, Diehl und EADS auf den Weg gebracht.

Budgetiert mit 1,4 Milliarden € auf sieben Jahre soll das ESRP helfen, "Technologien zu entwickeln und eine Wissensgrundlage zu schaffen, die dazu geeignet sind, die europäische Gesellschaft und ihre Bürger vor Bedrohungen, wie Terrorismus, organisierte Kriminalität, Naturkatastrophen sowie Industrieunfällen zu schützen". Das ESRP will sowohl die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit aufheben ("Synergien nutzen"), wie auch internationale Kooperation stimulieren. Das Programm ist in Missionen gegliedert: 1 Sicherheit der Bürger

- 2 Sicherheit von Infrastrukturen und Versorgung
- 3 Intelligente Überwachung und Grenzsicherheit
- 4 Wiederherstellung der Sicherheit im Krisenfall

sowie drei Querschnittsaktivitäten:

- 1 Integration, Zusammenschaltung und Interoperabilität von Sicherheitssystemen
- 2 Sicherheit und Gesellschaft
- 3 Koordinierung und Strukturierung der Sicherheitsforschung

Die Freiburger „Exzellenz-Uni“ beteiligt sich federführend mit einem neuen Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkt an einem der drei sogenannten Querschnittsaktivitäten. Das Freiburger Sonderforschungsprojekt lautet auf den Titel „Sicherheit und Gesellschaft“. Ziel ist der Aufbau einer umfassenden, nicht nur militärischen Sicherheitsarchitektur. Das Forschungsprojekt verkündet selbst: „Sicherheit ist zu einem zentralen Thema gesellschaftlicher Diskussion avanciert.“ Damit haben die Verfasser zweifelsfrei Recht. Die Münchener „Sicherheitskonferenz“ 2009 diskutierte Schritte einer integrierten neuen Herrschaftsstruktur zur Überwindung bisheriger Sackgassenkriege im Irak und Afghanistan. *So forderte Kanzlerin Angela Merkel auf der Münchner-Sicherheitskonferenz ein Konzept der "vernetzten Sicherheit". Die Nato sei zwar ein militärisches Bündnis, genauso entscheidend seien aber künftig auch polizeiliche oder kulturpolitische Komponenten.* Die Kanzlerin weiter: „Das Konzept muss von einer **vernetzten Sicherheit** ausgehen: Internationale Konflikte können nicht mehr von einem Land allein sondern nur noch gemeinsam gelöst werden. Das ist "meine und die Erwartung vieler

Europäer an die Vereinigten Staaten von Amerika", sagte Merkel. Bei der vernetzten Sicherheit müssen zivile und militärische Mittel kombiniert werden. Krisenprävention gehört genauso zur Sicherheitspolitik wie Krisenbewältigung. "Die Nato muss ein Ort der politischen Diskussion werden", appellierte Merkel. Im Weißbuch des Bundesverteidigungsministeriums von 2006 firmiert "Vernetzte Sicherheit" als ressortübergreifende Koordination politischer, ökonomischer, anderer ziviler und militärischer Kräfte, um sicherheitspolitische Interessen auf internationaler Ebene durchzusetzen. Der Begriff bildet auch die Leitlinie für eine umfassende Transformation der Bundeswehr, die nicht mehr auf Verteidigung, sondern auf internationale „Konfliktverhütung“ und Krisenbewältigung einschließlich des Kampfes gegen Terrorismus abstellt.

Bei den Überlegungen zur Sicherheitsforschung zeige sich jedoch, so erklärte beispielsweise Bundesministerin Annette Schavan, dass eine zu enge Interpretation von terroristischer Bedrohung nicht zielführend ist. Organisatorische und technologische Leistungsfähigkeit der Rettungs- und Sicherheitskräfte, geringe Verletzlichkeit von technischen Systemen oder Infrastrukturen und die Früherkennung entstehender Bedrohungen sind wesentliche Schritte auf dem Weg zu einem breitenwirksamen Schutz vor Bedrohungen der zivilen Sicherheit.

An diesen herrschenden Vorstellungen kann das Freiburger Forschungsprojekt anknüpfen.

„Der Freiburger Kompetenzverbund beabsichtigt, ein fundiertes Orientierungswissen zum Entstehen einer neuen Sicherheitsarchitektur zu schaffen. Er lotet in einem breit gefächerten Zugang die Bedingungen, die Reichweite und die Folgen des Wandels im Sicherheitsdenken und in den Sicherheitspraktiken aus. Er verbindet Grundlagenforschung mit anwendungsorientierten Aufgabenstellungen“ und: „Der Freiburger Kompetenzverbund verfolgt einen integrativen Ansatz, der ein breites Spektrum gesellschaftswissenschaftlicher Kompetenzen mit dem Know-How technischer Disziplinen verknüpft.“

Beteiligt sind zahlreiche Fakultäten der Freiburger Universität: Rechtswissenschaften, Philosophie, Politik, Soziologie, die üblichen 'angewandten' Wissenschaften wie das Institut für Mikrosystemtechnik, Informatik usw.. Mit dabei sind das Fraunhofer-Institut für Kurzzeitdynamik, das Ernst-Mach-Institut (EMI), Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, als verwandtes Projekte ist der sogenannte Innovationscluster Future Security BW benannt worden.

Es lohnt sich einen Blick auf den Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Thomas Würtenberger, von der Freiburger Uni zu werfen, der seit 1998 auch Rechtsberater des Rektors der Universität darstellt. Im Sommersemester 2008 hielt er einen Vortrag unter dem Titel: „Auf dem Weg in eine neue Sicherheitsarchitektur“ – das alles im Rahmen der Vortragsreihe Sicherheit und Gesellschaft.

Um eine Ahnung zu bekommen, welcher Diskurs hier geführt wird, soll kurz aus dem Abstract des Vortrags zitiert werden: „Die Sicherheitsarchitektur befasst sich mit der Organisation und mit den rechtlichen Befugnissen, die der Gewährleistung der Inneren und Äußerer Sicherheit eines Staates dienen. Entwickelt wird, wie die Sicherheitsarchitektur auf die Veränderungen von Bedrohungsszenarien reagiert. Im Mehrebenensystem der gestuften Staatlichkeit bilden sich neue Polizeibehörden mit neuen Befugnissen auf allen Ebenen, erfolgt eine Vernetzung des Austauschs sicherheitsrelevanter Daten auf allen Ebenen, kommt es zu einem Abbau nationaler Grenzen bei der Kooperation in Sachen Innere Sicherheit, sind Zentralisierungstendenzen zu beobachten und verwischen sich nicht zuletzt die Grenzen zwischen Gefahrenabwehr und Verteidigungsauftrag. Einen neuen Schub wird die Sicherheitsarchitektur durch den Einsatz neuer Technologien erhalten, die derzeit im Sicherheitsforschungsprogramm der Bundesregierung und der Europäischen Union entwickelt werden. Der Beitrag befasst sich nach einer umfassenden Reanalyse mit der Frage, wie die Ambivalenz von Freiheit und Sicherheit bewältigt werden kann und welchen verfassungsrechtlichen Grenzen, aber auch welcher verfassungsrechtlichen Legitimation die sich rasch fortentwickelnde Sicherheitsarchitektur unterliegt. Zudem geht es um die Akzeptanzfrage: Welche Grundrechtseingriffe, welche Kosten der Inneren Sicherheit werden von der Gesellschaft akzeptiert und sind auf längere Sicht konsensfähig?

Hier handelt es sich um astreine Ideologieproduktion. Es geht im Grund nur noch darum, ob sich die Sicherheitsarchitektur, die bereits Grundrechtseingriffe beinhaltet, auf der Ebene der Akzeptanz durchsetzen kann, oder nicht. An sich wird sie gar nicht mehr in Frage gestellt. Prof. Thomas Würtenberger ist ein alter Bekannter, er hatte bereits 2007 die juristischen Aspekte des geplanten neuen Gesetz der Bundesregierung zur Vorratsdatenspeicherung prominent kommentiert. Während seine Kollegin Prof. Marion Albers von der Universität Augsburg meinte, das Gesetz sei insgesamt verfassungs- und grundrechtswidrig, wiegelte Prof. Thomas Würtenberger dagegen ab: "Eine kritische Evaluation im Nachhinein soll klären, ob das Gesetz ein taugliches Instrument zur Strafverfolgung ist." Man müsse Vertrauen in den Rechtsstaat haben, dass ihm die Balance zwischen der freiheitlichen Grundordnung auf der einen Seite und den Maßnahmen zur inneren Sicherheit auf der anderen Seite gelinge. Eine solche Haltung stellt reinen anwendungsorientierten Pragmatismus dar plus metaphysischem Vertrauen auf den Staat – von Kritik keine Spur.

Genau so verhält es sich mit der Diskussion der Sozial- und Geisteswissenschaften rund um den Begriff der Sicherheit. Als die Sozialwissenschaften noch marxistisch und kritisch theoretisch inspiriert waren, konnten sie noch die richtigen Fragen stellen: um wessen Sicherheit geht es? Um die soziale Sicherheit derjenigen, die nichts anderes haben als ihre Arbeitskraft, die sie verkaufen müssen? Oder um die Sicherheit derer, die Waren- und

Kapitalflüsse zur Profitmaximierung garantiert sehen wollen?

Der ganze Zusammenhang von Wissen und Macht, der Wissens-Macht-Komplex, der in den Geistes- und Sozialwissenschaften beispielsweise von Michel Foucault thematisiert wurde, wird noch nicht mal ansatzweise reflektiert. Ein Wissen, dass sich nicht mehr – daran hatte der frühe Max Horkheimer in der Schrift „kritische und traditionelle Theorie“ erinnert – solidarisch erklärt mit den Unterdrückten und beleidigten, der wie er schrieb „Klasse“, wird automatisch und mit dem besten Gewissen zu Herrschaftswissen.

In den sozial- und Geisteswissenschaften war aufgrund der kritischen dekonstruktivistischen Blicks einmal die Konstruktion eines feindlichen Anderen, eines paternalistisch aufzuklärenden oder den europäischen Normen zu unterwerfenden „Anderen“ verpönt und wurde kritisiert. Mittlerweile findet „das Andere“ gar nicht eine explizite Erwähnung, das heißt aber auch, dass Renitenz, Dissidenz, Verweigerung, Widerstand nur als systemische Störung wahrgenommen werden kann, die es mittels eines schein-neutralen Instrumentariums zu beheben gilt.

Die Forschung zu „Sicherheit und Gesellschaft“ kann auf einen Gesellschaftsbegriff – auch bei den Studierenden – vertrauen, aus dem der Antagonismus bereits theoretisch herausgelöscht wurde. Es geht nur noch ums Funktionieren und darum, Reibungen zu vermeiden. Das unkritische Geforsche passt so auch mit dem sich zu einem Habitus verfestigten, gar nicht mehr so lustigem „Studentenleben“, in dem man ohne Kritik an der Institution Uni möglichst reibungsfrei und in kürzester Zeit durchschlängelt, um am Ende einem immer prekäreren Arbeitsmarkt gegenüberzustehen.